

Zweckoptimismus vs. Sorgenfalten

Die angespannte Lage in der Türkei beschäftigt deutsche Unternehmen

Der Putschversuch Mitte Juli hat nicht nur die Türkei in Aufruhr versetzt. Während bei deutschen Unternehmen vor Ort Zweckoptimismus herrscht, sorgt man sich vor allem in Deutschland um die Stabilität im Land – und die eigenen Geschäfte.

Die Einschätzungen der Wirtschaftsvertreter waren uneinheitlich. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag zeichnete kurz nach dem Putschversuch Mitte Juli ein düsteres Bild. Die deutschen Medien nahmen es gerne auf. Sie berichteten von Mittelständlern, die Geschäftsreisen in die Türkei abbliesen. Der Kölner Express zitierte den Chef der Lebensmittelmesse Anufood Eurasia damit, dass „die Voraussetzungen für eine auch wirtschaftlich erfolgreiche Messe in der Türkei“ derzeit nicht gegeben seien. Die Vorbereitungen für die nächste Messe im kommenden Sommer habe man „deutlich heruntergefahren“. Die deutsche Auslandshandelskammer in der Türkei bemühte sich hingegen zu beruhigen: Deutsche Unternehmen in der Türkei würden dem „politischen Sturm“ trotzen, der nach dem Putschversuch durch das Land fegte. Laut einer Blitzumfrage der AHK hielten „drei Viertel der befragten Betriebe trotz der angespannten Lage an ihren Jahreszielen fest“, hieß es. Suat Bakir, Hauptstadtrepräsentant der Deutsch-Türkischen Wirtschaftsvereinigung e.V. (DTW) sieht das ähnlich: „Unternehmer, die seit langem in der Türkei investiert sind, haben kaum Reaktionen gezeigt, weil sie bereits einige Turbulenzen in dem Land erlebt haben und die türkische Wirtschaft diese nachweislich gut verkräftet hatte.“ Das, so Bakir, sei vielleicht auch der Grund dafür, „dass viele Unternehmer und Politiker in der Türkei erbost sind über die pessimistische Grundhaltung in deutschen Medien.“

Nur wenige vor Ort aktive Unternehmer haben sich direkt in der Öffent-

lichkeit geäußert. Tatsächlich fürchten viele, dass Kritik auf sie zurückfallen, Partner oder Kunden sich angegriffen fühlen könnten. Oder dass man gar bei staatlichen Ausschreibungen oder Unterstützung benachteiligt werden könnte. Dessen ungeachtet bleibt heute die Feststellung: Einen neu oder zuvor geplanten Ausbau lokaler Tätigkeiten stellen so gut wie alle deutschen Unter-

nehmen vorerst zurück. Man wartet ab. Keine handfesten Auswirkungen

In Nordrheinwestfalen, dem Bundesland mit den mit Abstand stärksten wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, lässt sich die Beunruhigung nicht kleinreden. Während sich die deutschen Unternehmer in der Türkei in „Zweckoptimismus“ üben, wie Alexander Hoeckle, Geschäftsfüh-



Demo in Köln Ende Juli 2016: Im Bundesland mit den engsten Türkei-Beziehungen lassen sich die Sorgen deutscher Unternehmen nicht kleinreden.

rer Internationales bei der IHK Köln beobachtet, sind daheim am Rhein alle Anfragen von Firmen, die sich neu für das Türkeigeschäft interessieren, verstummt. Eingehende Anrufe im Kölner Türkei-Kompetenzzentrum der IHKs beschränken sich auf Einschätzungen zur aktuellen Lage.

„Anders beim Bestandsgeschäft“, räumt auch Hoeckle nach einem Aufenthalt in Ankara Anfang September ein: „Da ist der Tenor: Ja, wir bleiben hier. Die Türkei bleibt weiter wichtig.“ Für die in der Türkei ansässigen Deutschen gehe es nun darum, bestehende Geschäftsmodelle zu optimieren und Krisenmanagement zu betreiben.

Sobefürchten viele, dass von der Verfolgung von Anhängern der Gülen-Bewegung auch eigene Geschäftspartner betroffen sein könnten. Entsprechend arbeiteten deutsche Unternehmen bereits daran, Zuliefererstrukturen zu

diversifizieren, um potenziellen Ausfällen entgegenzuwirken. Suat Bakir beruhigt: „Wir erwarten keine großen Auswirkungen der sogenannten Säuberungen auf das Investitionsklima, wenn die Regierung es in den nächsten Wochen schafft, Angehörige der Gülen-Sekte von Schlüsselpositionen zu entfernen, ohne dass sich ein Denunziantentum etabliert.“ Zudem müsse erst nachgewiesen werden, dass Beschuldigte direkt in die Vorbereitungen des Putschversuchs involviert oder mit dem Geheimbund verbunden waren. Doch erste Anzeichen für Denunziationen seien bereits zu sehen: „Wir wissen von einem Investor aus Deutschland, dass ihm eine Liste mit einer Handvoll Namen vorgelegt wurde, worin diese Mitarbeiter bezichtigt wurden, mit der sogenannten Fethullahistischen Terrororganisation (FETÖ) verbunden zu sein. Der deutsche Investor vermutet bei mindestens einem Namen, dass es sich mehr um Neid handelt“, so Bakir.

Von konkreten Fällen, in denen die Geschäfte deutscher Unternehmen durch die Säuberungsaktionen betroffen sind, hat man bislang noch nichts gehört. Anders sieht es bei der Sorge um eigene Personal aus: Unterschiedlichen Berichten zufolge gebe es Fälle von türkischstämmigen Mitarbeitern, die das Land verlassen wollten, ebenso wie von Expats, deren Familien lieber wieder nach Deutschland zurückkehren. Doch das seien „Einzelfälle“, so Bakir. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass es oft gut ausgebildete Türken mit engen Beziehungen zu Deutschland sind, die in den Unternehmen vor Ort arbeiten, scheint das Problem eher zweitrangig zu sein.

Sorge um Protektionismus

Konkretere Auswirkungen spüren deutsche Unternehmen vor Ort durch vor allem seit Sommer verstärkte auftretende protektionistische Maßnahmen seitens der Türkei. Tarifäre ebenso wie nicht-tarifäre Handelshemmnisse (NTB) würden aufgebaut, Unternehmen berichten laut Hoeckle von zunehmenden Problemen am Zoll, durch den man „nur noch mithilfe eines guten Agenten in angemessener Zeit“ komme. „Dafür dass wir uns in einer Zollunion befinden, ist das schon ein Statement“, kritisiert der IHK-Mann. Mit den Grenzkontrollen kämen zudem Spekulationen über erhöhte Korruption an den Grenzen auf.

Ganz neu ist diese Entwicklung jedoch nicht und die Gründe für den aufkeimenden Protektionismus haben

wohl mehr mit der Außenhandelspolitik der EU zu tun, als mit der politischen Situation in der Türkei nach dem Putschversuch. Ankara kritisiert etwa, dass EU-Abkommen mit Drittländern wie China aufgrund des Präferenzabkommens A.TR zu unkontrollierten Billigimporten in die Türkei führten.

Auch wenn die Auswirkungen der politischen Krise in der Türkei bislang deutsche Unternehmen vor Ort kaum getroffen haben, ist es nicht immer einfach, den wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Ländern losgelöst vom politischen Diskurs zu betrachten, meint Alexander Hoeckle. Die Krise in der Türkei hat sich für deutsche Unternehmen vor Ort und solche, die sich mit dem Gedanken tragen, in den Markt einzutreten, vor allem zu einer Vertrauenskrise entwickelt. Auch wenn es kaum ein Vertreter der deutschen Wirtschaft aussprechen mag, bleiben am Ende Ängste, dass der türkische Rechtsstaat in Gefahr sei – mit allen erdenklichen Auswirkungen auf ausländische Unternehmen wie staatliche Enteignungen, so der IHK Köln-Vertreter. Und selbst wenn deutsche Country Manager in der Türkei sich in Zweckoptimismus üben, nutze das wenig, wenn Shareholder in Deutschland vor allem von Skepsis und Vorsicht geleitet sind und Investitionsvorhaben in andere Standorte in Osteuropa verlegen. Denn oft gilt am Ende bei größeren Investitionen: Sicherheit geht vor Rentabilität.

Wie man in Köln beobachtet, versuchen türkische Offizielle dieser sich andeutenden Vertrauenskrise mit einer Charme-Offensive entgegenzuwirken: Deutsche Stellen werden besucht, neue Anreize für Investoren werden geschaffen. Auch auf der deutschen Seite sei man um anhaltende Annäherung bemüht, betont Bakir: „Wir beobachten, dass regionale Cluster aus Deutschland weiterhin Unternehmerreisen in die Türkei planen, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Ebenso planen regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaften aus Deutschland Promotionsreisen, um türkische Unternehmen zu Investitionen in Deutschland zu motivieren.“

Auch Hoeckle von der Kölner Industrie- und Handelskammer ist optimistisch, dass die deutschen Unternehmen ihre Türkei-Geschäfte fortführen werden: Man sei damit vertraut, dass die Türkei „ein Land des ständigen Auf und Ab“ sei. Es bestehe Hoffnung, „auf baldigen Aufschwung und auf ein großes, junges Volk.“

Patrick Bessler

